

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,
Gernus Nr. 90.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1388
Circuloff Riesa Nr. 22.

Nr. 2.

Dienstag, 3. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mal dreizehnen, 3 mal hohe Grundschreibfläche (7 Silben) 2.— Mark, Ortspreis 1,75 Mark; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. feste Tarife. Gemüthlicher Rabatt ertheilt, wenn der Auftrag durch Riese eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schätzbare Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Unversöhnlichen.

Herr Briand hat es nicht leicht, von einer Politik loszukommen, die notwendigweise sowohl in Washington wie bei den bevorstehenden europäischen Konferenzen zu einer sicherlich nicht glänzenden Isolierung Frankreichs führen müßte. Die Handlungen der französischen Regierung stehen unter dem Druck einer Deputiertenkammer, bei deren Wahl die Bogen des Nationalismus am höchsten gingen. Aber Briand verfügt auch nicht über das Mittel, das sonst eine widerspenstige Kammer unfehlbar gefügig macht: Zur Kammerauflösung bedürfte es der Zustimmung des Senats, und im Senat ist seine Stellung sowohl durch Clemenceau, wie durch Poincaré's Anhängerschaft bedroht. Noch hat sich Poincaré vorläufig zurückgehalten: Die Vorhölle, die man im Senat nach seinen scharfen Stellungnahmen erwartet hatte, sind mehrmals ganz ausgeblieben, und ein oder das andere Mal beim ersten Versuch heben geblieben. Der ehemalige Präsident der Republik ist heute zweifellos wieder Kandidat auf die Ministerpräsidentenwahl, aber ein höchst vorläufiger; er vermeidet den offenen Kampf, wenn er das Siegel nicht sicher ist. Und er spricht auch davor zurück, gegen Entschlüsse der Regierung, die zur Erhaltung des Einvernehmens mit England unvermeidlich sind, so scharf zu opponieren, daß seine etwaige Rückkehr zur Macht nur möglich wäre, wenn Frankreich sich zum Bruch mit England entschließen hätte. Während er sich aber im Senat zurückhält, entfaltet Poincaré nicht nur durch eigene schriftstellerische Tätigkeit, sondern noch mehr durch mittelbare Beeinflussung die rege Tätigkeit in der Presse zu dem Zweck, jede Änderung der französischen Politik gegenüber Deutschland, jede Annäherung an den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage zu hintertreiben und damit auch die Stellung Briand's zu untergraben. Das Ministerium Briand kehrt ohne dies nicht auf seinen Füßen, denn Briand selbst schwankt zwischen der Politik Loucheur und derjenigen seines Finanzministers Doumer hin und her, und so oft er härter der ersteren anhecht, die das Abkommen von Wiesbaden geschloffen hat und ausbauen will, löst er sich durch publizistische und parlamentarische Einschüchterung bald wieder zu Erklärungen treiben, die ihn, wie geschickt sie auch gefaßt sein mögen, doch auf die Politik des Herrn Doumer zurückzuführen scheinen: daß das französische Budget durch deutsche Verzögerungen ins Gleichgewicht gebracht werden müsse, nötigenfalls unter Zwangsenteilung der Forderungen an Deutschland, mit der Alternative: Geld oder territoriale Pfänder und Ausbeutungsobjekte.

Seit nun die entgegengekehrten Strömungen der französischen Politik auch mitten durch die Regierung durchgehen, ist es kein Wunder, daß Regierungsblätter oder doch solche, die ihre Informationen zweifellos von der Regierung beziehen, im entscheidenden Augenblick häufig die Regierungspolitik bekämpfen. Besonders merkwürdig ist das Verhalten des „Temps“. Dieses Blatt wird offenbar bei wichtigen Fragen bald als Sprachrohr von der Regierung gebraucht und bald, um Flüster auszukreuzen. In der letzten Zeit hat es jedoch, wahrscheinlich unter der Regide des Finanzministers und jedenfalls im Sinne der Schwerindustrie, einen Kampf gegen die Vereinbarungen eröffnet, welche Briand und Lloyd George in London getroffen haben und der Konferenz von Cannes vorzulegen beabsichtigen. Für die Methode dieses Kampfes ist es bezeichnend, daß der „Temps“ hauptsächlich Belgien anzuheulen versucht: Es dürfte in keine Ermahnung der deutschen Zahlungen für 1922 einwilligen, auf die es doch Prioritätsansprüche habe. Derselbe „Temps“ hat aber erst kürzlich nachgewiesen, daß man von Frankreich keine Opfer verlangen dürfe; denn es genüge, daß England, das doch den Deutschen helfen zu wollen behauptet, seine eigenen Ansprüche fallen lasse oder ausstiehe, um Deutschland ausatmen zu lassen; englische Ansprüche seien auch diejenigen, die als belagerte bezeichnet werden, weil doch die Verzugszahlungen an Belgien bloß zur Abstattung der belgischen Schulden zunächst an England und dann an Amerika dienen. Jetzt aber wird es so dargestellt, als ob der englische Vorschlag, die Verzugszahlungen für 1922 auf fünfshundert Millionen Goldmark zu beschränken, eine Vergewaltigung der Rechte Belgiens bedeuten würde. Der Zweck dieses Pressefeldzugs ist es, Briand wieder zur Politik der Sanktionen zurückzutreiben. Die Entente mit England will man dabei nicht aufgeben, aber man will sie auch nicht wieder befestigen. Denn nichts kürzt die französische Schwerindustrie heute mehr als eine rückhaltlose Verständigung zwischen Frankreich und England, die alsbald zu einer Verständigung zu vieren zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland führen, die letzten Schwierigkeiten auch in Washington beseitigen und das Signal zur wirklichen Abrüstung geben würde; zur Abrüstung der Waffen und der Geister.

Eine pessimistische Neujahrsbetrachtung des „Temps“.

Der „Temps“ bringt gestern eine außerordentlich pessimistisch gehaltene Betrachtung zur Jahreswende. Der außenpolitische Horizont Frankreichs sei mit dunklen Wolken bedeckt. In England, in Deutschland und in Moskau denkt man an eine neue Entente, deren Kosten Frankreich tragen solle. Die an die Eröffnung der Washingtoner Konferenz geknüpfte Illusion, daß die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich unabhängig sei von ihrer Politik gegenüber England, sei sehr bald in sich zusammengebrochen. Eine Änderung der außenpolitischen Lage Frankreichs könne nur durch einen Wandel der Beziehungen zwischen England und Frankreich herbeigeführt werden, der abhängig sei von der Frage der Unterseeboote und der Reparationsprobleme. Zur Lösung der Reparationsprobleme bedürfte es in erster Linie umfangreicher Kreditoperationen,

um nicht nur die deutschen Zahlungen zu ermöglichen, sondern um Deutschland und Oesterreich in den Stand zu setzen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Die Frage sei, ob England gewillt sei, solche Kreditoperationen zu unterstützen und dadurch ihr Gelingen sicherzustellen. Die Kreditfrage, aber nicht die eines Moratoriums, sei es, die das Reparationsproblem bederricke.

Die Schadenerfordernisse der Sieger.

Die Erörterung der Deutschland durch den Vertrag von Versailles aufgedrückten finanziellen Verpflichtungen pflegt sich im allgemeinen auf die Reparationslasten zu beschränken. Es wird meistens vergessen, daß zu den Reparationszahlungen, den bekannten 132 Milliarden Goldmark, noch ganz beträchtliche Zahlungen aus anderen Titeln des Vertrages hinzukommen. Abgesehen von den fortlaufenden Ausgabeverpflichtungen, die sich für das Reich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben, kommen in erster Linie die Schadenerfordernisse in Betracht, die dem Reiche für die während des Krieges gegen das feindliche Privat-eigentum in Deutschland getroffenen Maßnahmen abverlangt und von den verschiedenen Gemischten Schiedsgerichtshöfen festgesetzt werden. Die bei diesen Schiedsgerichtshöfen eingeklagten Summen gehen schon jetzt nicht etwa in die Millionen, sondern weit in die Milliarden. Dazu kommen aber neuerdings noch die von verschiedenen alliierten Ländern auf Grund einer besonderen Bestimmung des Vertrages von Versailles erhobenen Schadenerfordernisse für solche deutschen Maßnahmen, die in der Zeit zwischen dem 31. Juli 1914 und dem Tage des Eintretens dieser Länder in den Krieg getroffen worden sind. Es handelt sich dabei um die Länder, die in den Weltkrieg erst später eingetreten sind. Um einen Begriff von der Höhe dieser Ansprüche zu geben, mag nur erwähnt werden, daß z. B. Portugal für die Zeit eines Schadenerlasses in Höhe von nicht weniger als rund 3 1/2 Milliarden Goldmark fordert.

Die Konferenz von Cannes.

Wie der „Temps“ mitteilt, werden Briand und Lloyd George am Mittwoch und Donnerstag in Cannes Vorbereitungen haben. Die offizielle Tagung des Obersten Rates wird Freitag, den 6. Januar, eröffnet werden. Der Hilfsdirektor für politische Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen Laroche wird Briand nach Cannes begleiten.

Dr. Rathenau geht nach Cannes.

Wie der „Verl. Vol.-Wz.“ aus guter Quelle meldet, geht Dr. Rathenau am heutigen Dienstag nach Cannes zu reisen.

Die Washingtoner Konferenz.

Reuter meldet aus Washington, die Konferenz näherte sich ihrem Ende. Man erwartet, daß nur noch zwei Voll-schungen abgehandelt werden. Die eine werde die bezüglich der Marinefrage, die andere die bezüglich des fernem Ozeans noch unerledigten Punkte regeln. Es scheint, daß der 14. Januar, an dem Balfour und Lord Lee nach England abzureisen gedenken, als Datum des Schlußes der Konferenz festgehalten werde. Die Marine-Sachverständigen hoffen, noch einige Einzelfragen zu erledigen.

Zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat gestern über den Zustand der Eisenbahnen einen Beschluß gefaßt, in dem er der am 31. Dezember anstands gekommenen Vereinbarung unter der Voraussetzung zustimmt, daß sowohl die Organisationsverhandlungen zu der Vereinbarung als auch die am 5. Januar beginnenden allgemeinen Verhandlungen eine durchgreifende Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse für alle Orte bringen. Die Anweisung des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes an die Bezirksorganisationen, für die schnellste Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten, hat den erwünschten Erfolg gehabt. Im westlichen Streikgebiet ist ein großer Teil der Eisenbahnen wieder zur Arbeit erschienen. Am Dienstag glaubt man, den regelmäßigen Verkehr wieder aufnehmen zu können. In Dortmund, Elberfeld und Köln sind bereits sämtliche Eisenbahnen wieder zur Arbeit erschienen. In Essen erwartet man für heute die Wiederaufnahme der Arbeit. Auch in Koblenz sind die Eisenbahnarbeiter ausnahmslos zur Arbeitsstelle zurückgekehrt. Der Eisenbahnerstreik ist in Breslau gestern nachmittags abgebrochen worden. Die Eisenbahndirektion hoffte, bis gestern abend 10 Uhr den vollen Betrieb sowohl im Güter- wie im Personenverkehr wieder aufnehmen zu können.

Stillsgelegter Betrieb. Die rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik hat infolge Kohlenmangels, der durch den Eisenbahnerstreik verschärft wurde, den größten Teil ihres Betriebes stillgelegt.

Die Technische Nothilfe im Eisenbahnerstreik. Ueber die Tätigkeit der Technischen Nothilfe im Eisenbahnerstreik berichtet die „Telegraphen-Union“, daß in den Direktionsbezirken Dortmund, Elberfeld und Essen in elf Fällen insgesamt über 500 Nothelfer eingesetzt waren; so am Bahnhof Dortmund-Feld 45, Wanne 30, Ullgen-Dortmund 80, Langendreer 80, Hamm 70, Schwerte 24, Dortmund 45, Essen 30, Gelsenkirchen 21, Elberfeld 24 und Siegen 80 Mann. Klammereit war außerdem eine größere Anzahl Ortsgruppen der T. N. Die Tätigkeit der Nothilfe bestand im wesentlichen darin, anstelle der streikenden Werkstätten- und Eisenbahnarbeiter die Lokomotiven für den notwendigen lebenswichtigen Transportdienst zur Uebergabe an die Beamten fahrbereit zu machen, sowie notwendige Kanalarbeiten zu leisten. Im Laufe des

gestrigen Vormittags wurde die T. N. teilweise wieder zurückgezogen, da ein Teil der streikenden Arbeiter wieder zur Arbeit erschienen war. — Im Direktionsbezirk Breslau wurde der Einsatz der T. N. gestern vormittags angefordert, da der Streik in Breslau und in Niederschlesien noch andauert. Am Neujahrstage war kurze Zeit in Wärsch Technische Nothilfe eingesetzt, um Lokomotiven für Lebensmittelzüge zu besohlen. Da hierauf die Streikenden erklärten, diese Arbeit selbst übernehmen zu wollen, konnte sie noch am Abend wieder zurückgezogen werden. In Berlin wurde ein Einsatz nicht angefordert, da hier ein Stillstand des lebenswichtigen Güterverkehrs nicht eingetreten war.

Polen und die Reparationszahlungen.

Sofort, nachdem durch den Genfer Spruch die wichtigsten Teile Oberschlesiens an Polen gefallen waren, ist die Frage aufgetaucht, ob der polnische Staat nunmehr nicht einen entsprechenden Anteil an den deutschen Reparationslasten zu übernehmen habe. Das Generalsekretariat des Völkerbundes soll eine polnische Anfrage in diesem Sinne beabsichtigt beantwortet und sich dabei auf den Wortlaut des Friedensvertrages gestützt haben, nachdem die deutschen Zahlungen entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands festgesetzt werden sollen. Daß diese durch den Verlust eines der Haupt-industriegebiete ganz erheblich vermindert worden ist, wird wohl auch kein Pole bestreiten; die Frage ist nur, ob Polen anerkennen wird, daß der entsprechende Teil nun von ihm zu tragen ist. Der Friedensvertrag würde dafür nicht ohne weiteres eine Grundlage bilden. Vor dem Zustandekommen des Genfer Spruches hat man sich in Polen allerdings allgemein zur Übernahme eines Teiles der deutschen Verpflichtungen bereit erklärt, wenn Oberschlesien an Polen fallen würde. Und auch die Entente hat diesem Gedanken zugestimmt. Man darf nun gespannt sein, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Das Gegebene wäre zweifellos gewesen, wenn die Angelegenheit von den gerechten Richtern in Genf in ihrem Urteilspruch geregelt worden wäre. Daß man es unterlassen hat, ist wohl nicht ganz unabsichtlich gewesen; denn wenn man heute Polen mit seinen völlig zerrütteten Finanzen Entschuldigungsverpflichtungen auferlegen wollte, die immerhin einige Milliarden ausmachen müßten, so müßte man im voraus wissen, daß Polen den Forderungen noch viel weniger nachkommen könnte als Deutschland. Und da besonders Frankreich es auf keinen Fall mit seinen Vasallen verderben will, wird es einfacher sein, festzustellen, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch den Verlust Oberschlesiens nicht beeinträchtigt sei. Oder man wird, um das Defizit zu wahren, Polen eine Summe zahlen lassen, deren Aufbringung selbst ihm nicht schwer wird.

Zugekündigt oder eingekündigt?

Der polnische Minister hat beschlossen, in bestimmten Fällen im polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens keine Liquidation vorzunehmen. Von der Liquidation soll das Eigentum der Bewohner befreit bleiben, die auf Grund von Dienstverträgen in der ober-schlesischen Industrie, sei es als kaufmännisch oder technische Angestellte, sei es als Arbeiter, beschäftigt sind, ferner das Eigentum von Staats- und Gemeindefunktionären. Der Beschluß soll auch für solche Personen gelten, die erst nach dem November 1908 anständig geworden sind, sich aber verpflichtet, mindestens noch 12 Monate nach der Uebergabe des Gebietes auf ihrem Boden zu bleiben. — Zunächst ist hierzu zu sagen, daß sich bisher alle polnischen Zugekündnisse Deutschen gegenüber in der Praxis als wertlos erwiesen haben. Im vorliegenden Falle ist es aber möglich, daß man die erste Uebung hat, das Versprochene auch wirklich zu erfüllen. Denn nach Lage der Dinge handelt es sich keineswegs um ein von Wohlwollen diktiertem Zugekündnis an die deutschen Bewohner Oberschlesiens, sondern um das Eingekündigt, daß man ohne die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht auskommt. Eine bestimmte Zeitspanne wird genügen, um die entsprechenden polnischen Organe einzuarbeiten, und dann erst wird sich die wahre Gesinnung Polens den zurückgebliebenen Deutschen gegenüber zeigen. Dankbarkeit ist im Gefühl, das der Pole nicht kennt, und so wichtig es im Augenblick auch im deutschen Interesse erscheint, daß möglichst viele Oberschlesier auf ihren Werten anhalten, ihre Zukunft ist durch die polnischen Versprechungen nicht gesichert. Nur bindende und eindeutige Abmachungen von Regierung zu Regierung können ihre Stellung im polnischen Staate für Dauer fest verankern.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Tripoli über seinen Rücktritt. In der am 6. Januar erscheinenden Nummer des „Grenzboten“ veröffentlicht Großadmiral Tripoli unter dem Titel „Mein Abschied“ einen Artikel, dem insofern geschichtliche Bedeutung zukommt, als er die persönlichen und sachlichen Gegenstände beleuchtet, die im Großen Hauptquartier miteinander rangen. Tripoli stellt zunächst fest, daß entgegen der Behauptung Bethmann-Hollwegs die Drehkontrolle bei der Marine gemäß einer schon im Frieden erlassenen Mobilisationsbestimmung nicht dem Marineamt sondern dem Großen Admiralstab unterstanden habe. Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der seinerzeit den Unwillen des Kaisers erregt hatte, dazu benutzt werden sollte, die unsachgemäße Handhabung der Wehrgenüge seitens des Marineamtes nachzuweisen und damit den Rücktritt Tripoli zu erzwingen. Tripoli bringt dann noch weitere Beispiele für das gegen ihn inszenierte Antipatensspiel und kommt zum Schluß auf die tatsächlichen Gründe seines Rücktritts zu sprechen. Seine Krankmeldung vom 3. März 1918 sei erfolgt, als der Admiralstabschef nach dem Vortrage vom